

Kreiszeitung

für den Obertaunus-Kreis.

Kreiszugabe:

15 Pf. für die vierspaltige
Zeile oder deren Raum. Im
Nachdruck die Zeile 30 Pf.

Kreiszugabe

werden am Erscheinungstage
möglichst frühzeitig erbetenSchriftleitung und Geschäftsstelle:
Postfach Nr. 73

Jahreszahl 414.

Verstummt.

Es endlich lüftet die englische Regierung wenigstens ein wenig den Schleier, den sie über ihre viel beredete Kriegsmaschine gegen die gräßlichen deutschen Untertanen gebreitet hatte. Sie ließ im Unterhause erklären, daß von jetzt ab die Politik verfolgt werden soll, die nicht mitzuteilen, wie und wo Schiffe versenkt wurden. Die Reder und die Lloydgesellschaften sollten allenfalls benachrichtigt werden, für die große Öffentlichkeit aber müsse es fortan genügen zu erfahren, daß verlorengegangen seien, selbst auf der Gefahr hin, daß daraufhin übertriebene Korrekturen über den Verlauf des U-Bootkrieges bildeten.

Ein wahrhaft heroischer Entschluß! Kann die britische Öffentlichkeit unsere schneidige U-Bootwaffe nicht totmachen, kann sie doch wenigstens togeschwiegen werden, und je weniger man von ihr zu hören bekommt, desto besser — was denn eigentlich? In Deutschland ist man, was den Krieg anbetrifft, durchaus nicht auf die Nachrichten der englischen Regierung angewiesen, und wir werden schon selbst erfahren, daß auch die äußerliche Welt hinter den Vorhang der von Tag zu Tag sich steigenden Wirkungen der Seeperrre unterrichtet wird. Und die Engländer? Wenn ihnen nur noch mitgeteilt wird, welche Schiffe verlorengegangen sind, so kann der Erfolg dieser Taktik darin bestehen, daß sie auch diejenigen Fahrzeuge, die nicht von unseren U-Booten zur Strecke gebracht wurden, ihnen aus dem Auge zu lassen — ein Verfahren, das uns schließlich sehr gern gefallen lassen können, obwohl es nicht nötig haben, uns mit fremden Federn zu schmücken. In Wirklichkeit muß natürlich die Seemacht im Lande nur noch größer werden, wenn die Regierung bei ihrer neuen Weisheit verbleibt. Denn sie ist nicht anders als ein Eingeständnis der Ohnmacht und der Hilflosigkeit, als solches von der öffentlichen Meinung eingeschätzt werden. Oder hat man es jemals als einen Beweis von Stärke angesehen, daß die französische Regierung am Beginn des Krieges an sich hartnäckig weigerte, Beziehungen bekanntzugeben? Der Erfolg war, daß über die Blutopfer der Republik und ihr angemessenes Entgelt unangemessenes Verhältnisses zu denen der anderen Seemächte nur um so leidenschaftlicher gestritten wurde, und es hat vieler Geheimverhandlungen auch in den Pariser Konferenzen bedurft, bis man über diesen wunden Punkt in der gegenseitigen Beziehungen der Weltmächte einigermaßen hinwegkam. Aber schließlich: warum soll der Abbruch der Pariser Regierung nicht auf die Methoden der deutschen Machthaber abfärben? Was Herr Briand schließlich verstanden hat, das wird Lloyd George auch jetzt fertig bekommen.

Der Schaden, daß er nicht auch die Wirkungen unseres U-Bootkrieges der Öffentlichkeit vorenthalten kann. Aber das reicht seine Macht nun doch nicht. Jeder Tag bringt den Engländern die Notwendigkeit neuer Einrichtungen auf allen Gebieten ihres nationalen Hauswesens, und wenn es erst so weit sein wird, daß auch jede Wirtschaft, jeder Hausvater mit den selbstverständlichen Gewohnheiten des täglichen Lebens brechen muß, weil er an Nahrungs- und Verbrauchsmitteln zu kurz gekommen ist, dann wird nichts mehr den stolzen Bau des britischen Wirtschaftslebens vor dem Zusammenbruch bewahren können. Der Premierminister will in diesen Tagen einmal zu „seinem“ Volk sprechen und es auf neue eingehende Kürzungen der Einfuhr vorbereiten. Da muß der Tat noch vieles sehr im argen liegen, wenn man sich ein liberales Londoner Blatt über die mangelnde Sparlichkeit und zugleich über die Lastrhaftigkeit in der Hauptstadt des Reiches, die nicht länger verschwiegen werden könne. Und den teuren Verbündeten wird's auch nicht im Leben bang, sobald sie vernehmen, daß die Seemacht nach England mehr und mehr unmöglich gemacht, daß die Tätigkeit unserer U-Boote noch durch eigene Maßnahmen der englischen Regierung wirksam unterdrückt werden soll. Die Franzosen fürchten für ihre eigenen Weine, die sie doch unmöglich ganz allein verzehren können, und die Italiener sehen, nachdem der britische Markt ihnen entzogen ist, für ihre Landesprodukte überhaupt keine Absehmöglichkeit mehr, wenn nach England sich vor ihnen verschließt.

Schon wird davon gesprochen, daß England drauf und davon zu verstehen, und daß ein solcher Akt der Verzweiflung sich nur mit der äußersten Notwendigkeit rechtfertigen ließe. Davon ist man wirklich nicht mehr weit entfernt, und der Zeitpunkt, da man offen eingestehen muß, daß auch schon gekommen. Keine Schweigekarte der Regierung wird das Land über die mehr und mehr fühlbar werdende Notlage hinwegtäuschen können.

Deutschland und Amerika.

Lebensmittelunruhen in Philadelphia.

Neuport, 23. Febr. Nach Neuport fanden jetzt auch in Philadelphia Lebensmittel-Unruhen statt, bei denen es zu

Blutvergießen kam. Die Bevölkerung von Chicago nimmt eine drohende Haltung ein. In verschiedenen großen Städten steht Mangel an Kohlen und anderen Bedarfsartikeln bevor. Die Regierung ordnete durch die zwischenstaatliche Handelskommission an, daß die Lebensmittelzüge nach dem Osten bevorzugt behandelt werden. Die Versorgungsfrage wurde im Kongress erörtert; Senator Borah erinnerte an die Anfänge der französischen Revolution.

Haag, 23. Febr. Reuter meldet aus Neuport: Die Blätter berichten, daß 20 geheimnisvolle Brände in New Britain (Connecticut) ausgebrochen seien, die offenbar auf Brandstiftung zurückzuführen seien. In dieser Gegend befinden sich große Munitionsfabriken. In Youngstown (Ohio) habe die Polizei eine Verschwörung entdeckt, die darauf ausgegangen sei, große Fabriken der Youngstown Sheet Tube Co. in die Luft fliegen zu lassen. Zwei Türken, die ziemlich große Mengen Dynamit mit sich geführt hätten, seien verhaftet worden. (Ziff. 31g.)

Amerikanischer Dank an Deutschland.

Beim Verlassen des Reichsgebietes haben die in Deutschland im Dienst der Kriegsgefangenenfürsorge tätigen gewesenen amerikanischen Sekretäre des Christlichen Vereins junger Männer folgendes von ihnen gemeinsam unterzeichnetes Schreiben an die deutsche Regierung gerichtet. Wir, die unterzeichneten amerikanischen Sekretäre des Christlichen Vereins junger Männer, denen die äußerst freundliche Begünstigung des Auswärtigen Amtes zu teil wurde, als Gäste der deutschen Regierung im Sonderzug der amerikanischen Botschaft Deutschland und die uns lieb gewordene Stätte unserer Wirksamkeit im Interesse der Kriegsgefangenen zu verlassen, möchten hiermit unseren herzlichsten Dank für dieses Entgegenkommen aussprechen. Von dem allerersten Antrittsbesuch bis zu dieser Stunde des Scheidens ist uns Freundschaft und Wohlwollen in ganz überwältigender Weise seitens aller Behörden und Offiziere, mit denen wir die Ehre gehabt, zusammen zu wirken, erwiesen worden, und obwohl bei uns der Schmerz und die Enttäuschung über die plötzliche Unterbindung der so viel versprechenden Arbeitsgelegenheit sehr groß ist, fühlten wir voll Poesierung für die uns erzeugte Gastfreundschaft in die Heimat zurück. (W. T. B.)

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 23. Febr. (W. T. B. Amtlich.)

Weltlicher Kriegsschauplatz.

Bei Nebel und Regen verlief der Tag in den einzelnen Abschnitten ruhig, an einzelnen Stellen der Artois- und Somme-Front, auch zwischen Maas und Mosel kam es zu räumlich begrenzten Angriffen von Erkundungsabteilungen. Mehrere Gefangene sind eingebracht worden.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarshalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei Smorgon, westlich von Luga, sowie zwischen Plotska und Karajowka war das Artillerie- und Minenwerferfeuer lebhafter als sonst.

Bei Jurgyn, östlich von Loczow, drangen unsere Schutts in die russische Stellung und führten nach Sprengung von vier Minenstollen mit 250 Gefangenen, dabei 3 Offiziere und 2 Maschinengewehre zurück.

Südöstlich von Brezany war gleichfalls ein Erkundungstoß erfolgreich.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

Nichts Wesentliches.

Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls v. Radenien.

Unsere Stützpunkttruppen wiesen in der Gegend von Corbul den Angriff mehrerer russischer Kompanien ab.

Mazedonischen Front.

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Berlin, 24. Febr. Abends. (W. T. B. Amtlich.)

Von Westen und Osten sind besondere Ereignisse nicht gemeldet worden.

Wie England deutschen Edelmut erwidert.

Kürzlich ging durch die Presse die Nachricht, daß die deutsche Regierung einem Kriegsgefangenen englischen Offiziers auf seine Bitte gestattet habe, zum Besuch seiner sterbenden Mutter auf zwei Wochen nach England zu reisen. So sei es ihm ermöglicht worden, noch ein Sterzbett seiner Mutter zu sehen und ihr die Augen zuzudrücken. Der Offizier habe sodann versichert, der Dankschuld durch die englische Presse von diesem Akt deutscher Menschlichkeit Kenntnis zu geben, die Bekanntgabe sei aber seitens der Presse abgelehnt worden. Eine Anfrage im Parlament habe dann der Minister des Innern dahin beantwortet, daß er der Presse in der Sache keine Vorschriften gemacht habe.

Immerhin entsprach das Verhalten der Presse offenbar der Zustimmung der englischen Regierung wie folgendes englische Gegenstück zu der ritterlichen deutschen Handlungsweise lehrt:

Die Mutter eines in englischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Bizewachtmeisters der Schutztruppe für Deutsch-Südwestafrika war unheilbar erkrankt und äußerte den Wunsch, ihren Sohn noch einmal zu sehen. Das auf diplomatischem Wege der englischen Regierung übermittelte Gesuch um einen kurzen Urlaub ist indes von dieser abschlägig beschieden worden mit der Begründung, daß der Bizewachtmeister sich noch im dienstpflichtigen Alter befinde und als Soldat gefangen genommen worden sei.

England hat also keine Reigung, sich für den Akt deutscher Ritterlichkeit durch eine gleiche Handlung erkenntlich zu zeigen. Oder war der gefangene englische Offizier vielleicht nicht dienstpflichtig? Ist er vielleicht nicht als Soldat gefangen genommen worden?

Der Tauchbootkrieg.

Bericht.

London, 23. Febr. (W. T. B.) Lloyds meldet: Der schwedische Dampfer „Slogland“ und die Goelette „Tea wau“ sind versenkt worden.

Bern, 23. Febr. (W. T. B.) Aus einem Tagesbefehl des Marineministeriums geht hervor, daß das französische Schiff „Algerie“ versenkt worden ist.

Es gibt drei französische Schiffe dieses Namens von 1035, 3386 und 2491 Tonnen.

Haag, 23. Febr. Reuter meldet aus London: Von dem englischen Dampfschiff „John M. Lee“ wurden vier Mann an Land gebracht, von denen zwei tot und zwei verwundet waren. Die übrigen 14 Mann der Besatzung werden vermisst. — Von dem versenkten Dampfschiff „Kojalie“ sind neun Mann gerettet, die übrigen 22 einschließlich der Offiziere, ertrunken. Von dem Dampfschiff „Carlo“ wurden der Erste Maschinist und zwei Mitglieder der Besatzung durch das Tauchboot, das das Schiff versenkte, an Bord genommen, die übrigen an Land gebracht.

Kristiania, 23. Febr. Der versenkte norwegische Dampfer „Dufet“ war 1408 Brutto-Tonnen groß, 1903 in England erbaut und mit über einer Million in Norwegen versichert. Die Versenkung erfolgte im Kanal.

Stockholm, 23. Febr. Die Besatzung des versenkten schwedischen Segelschiffes „Hugo Hamilton“ wurde nach einer heutigen Meldung durch einen norwegischen Dampfer in der Nähe der Küste Irlands aufgenommen und in Madeira gelandet.

England.

Lloyd George über die Tauchbootgefahr.

London, 23. Febr. (W. T. B.) Reutermeldung. Lloyd George beauftragte in seiner Rede im Unterhause die große Wichtigkeit der Schiffsraumfrage und sagte, daß eine Million Tonnen britischen Schiffsraums Frankreich zugewiesen worden sei und außerdem ein beträchtlicher Teil der britischen Tonnage Rußland und Italien. Gegen die Tauchbootgefahr könne man mit drastischen Maßnahmen vorgehen, aber es seien auch sofortige und radikalste Maßnahmen notwendig, um das Problem der Tonnage zu lösen, das dem Lande große Opfer auferlegen würde. Lloyd George sagte, der schließliche Erfolg der Sache der Alliierten hänge von der Lösung der Schiffsraumfrage ab. Nach allen Abzügen sei nur ungefähr die Hälfte der englischen Tonnage für die gewöhnlichen Erfordernisse verfügbar. Während vor dem Kriege jedes Jahr Schiffe mit einem Gesamtumfang von 50 Millionen Tonnen in britischen Häfen angekommen seien, sei diese Zahl jetzt auf 30 Millionen Tonnen herabgesunken, und zwar ausschließlich infolge der Ueberweisung von Schiffen für die kommerziellen und militärischen Erfordernisse der Alliierten. Die Regierung hoffe, Mittel zu finden, um den Unterseeboten wirksam entgegenzutreten zu können. Sie würde sich aber einer sträflichen Torheit schuldig machen, wenn sie ihre Politik ohne weiteres auf die Annahme aufbaue, daß sie diese Hoffnung werde erfüllen können. Ein guter Teil der Tonnage sei versenkt worden, und es sei zu erwarten, daß noch viel mehr versenkt werden würde, ehe die Gefahr überwunden werde. Die Einfuhr von Bauholz müsse dadurch vermindert werden, daß man französisches Bauholz für die Armee und britisches für Grubenstützen verwende. Eine ausgiebige Gewinnung britischer Erze, die allerdings geringeren Gehalt hätten, werde die Erzeugung außerordentlich steigern.

Wachsende Unruhe.

Bern, 23. Febr. (W. T. B.) Bezeichnend für die immer stärker werdende Unruhe in England über die Folgen des Tauchbootkrieges ist eine Korrespondenz des Londoner Mitarbeiters des „Messager“, worin es heißt:

Wenn morgen, um etwas Unwahrscheinliches anzunehmen, die deutsche Blockade gegen England so vollständig und wirkungsvoll werden sollte, wie die Engländer gegen Deutschland so würde sich England in einer viel schwierigeren Lage befinden, als Deutschland weil die Lebensmittelproduktion in England viel geringer ist als in Deutschland.

Um ungünstige Folgerungen aus dieser Feststellung zu verhüten, sieht sich der Londoner Mitarbeiter des „Messagero“ zu dem Geständnis genötigt, die englische Blockade habe das erhoffte Ziel nicht erreicht, Deutschland aber, das noch immer die mächtigsten Heere aufstellen und unterhalten könne, dürfe nicht hoffen, in den zur Entscheidung notwendigen wenigen Monaten das zu erreichen, was England in dreißig Monaten seiner ungleich wirksameren Blockade nicht habe erzielen können.

Keinerlei Seeversicherung mehr.

Genf, 23. Febr. (W. B.) Die Genfer Vertreter der großen Versicherungsgesellschaften, die mit den europäischen neutralen Staaten und auch mit den russischen und englischen Versicherungsgesellschaften in einem engen Zusammenhang stehen, berichten, daß im Laufe der letzten Woche neutrale Schiffe die Häfen nicht verlassen, da die Befragungen sich weigerten, an Bord zu gehen. Im Laufe der letzten Woche wurden außerdem von den Seeversicherungsgesellschaften, nicht nur in Genf, sondern auch im Auslande, nach den bei den Genfer Vertretern eingelaufenen Berichten keinerlei Seeverversicherungen abgeschlossen.

Parlamentari. Ges.

Reichstag.

Die zweite Sitzung nach Wiederzusammentritt des Reichstages beginnt mit kurzen Anträgen. Es liegen jedoch nur zwei Wortmeldungen dazu vor. Sie sind schnell beendet. Bevor das Haus zur Beratung des Haushaltsplanes übergehen kann, ist noch die 2. und 3. Lesung über die Vorlage zur Einberufung von Hilfsrichtern zum Militärgericht vorzunehmen. Dabei gibt es einen langen Aufenthalt durch eine erregte Auseinandersetzung über einen Vorgang in Elsaß-Lothringen. Dort soll ein Militärbefehlshaber erklärt haben, das Schutzgesetz gehe ihn nicht an. Die von ihm erlassenen, dem widersprechenden Verfügungen blieben in Kraft. Der Fortschrittler Dove findet das unerhörte und der Zentrumsabgeordnete Gröber fragt entrüstet: Wo haben wir denn das Gesetz gemacht? Wo hat der Militär-Oberbefehlshaber einen Befehl erlassen? Vergebens bemüht sich Oberst Driesing die aufgeregten Parlamentarier zu beschwichtigen. Graf Westarp hält den beiden Gegnern entgegen, den Reichstag ginge die ganze Angelegenheit nichts an. Das Gesetz selbst wird schließlich in zweiter und dritter Lesung angenommen. Man kommt dann zum Haushaltsplan, der Kriegsteuer und der neuen Kreditvorlage.

Der Reichskriegsminister Graf v. Roeder beginnt seine Rede zum Haushaltsplan, Steuern und Kreditvorlage mit einem Rückblick auf die jüngsten Ereignisse. Unser ernstes Friedensangebot ist abgelehnt worden und hat unseren uneingeschränkten U-Bootkrieg herausgefordert. Seit dem ergeben sich die englischen Minister in besonders harten Beschimpfungen gegen die deutsche Kriegsführung. Solche Äußerungen konnten unseren Willen zum Sieg nur steigern. Graf Roeder wendet sich dann dem Haushalt zu, den Steuern und dem geforderten 15 Milliardenkredit. Seine durchweg sachlichen, nüchternen Ausführungen werden nur von wenigen, in Finanzfragen besonders beschlagenen Abgeordneten mit Aufmerksamkeit angehört. Lebhaftige Zustimmung findet bei der Mehrheit des Hauses, daß wir den „Reparationen“ unserer Feinde, das Wort „Entschädigung“ entgegenstellen können. Starke Anklänge findet dann eine Erklärung des Abg. Ebert, wonach die sozialdemokratische Mehrheit weiter ausharren will, bis ein Friede erklämpft sei, der den Lebensinteressen des deutschen Volkes entspricht. Der Kreditvorlage stimmt sie insofern zu. Der Abgeordnete Ledebour trägt unter wachsender Unruhe des Hauses eine lange Erklärung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft vor, die den ablehnenden Standpunkt zu begründen sucht. Diese Gründe lauten zum Teil so komisch, daß sie stürmisches Lachen auf allen Seiten auslösen. Namens der bürgerlichen Parteien erklärt der Abg. Spahn (Ztr.), die Annahme der Kreditvorlage für eine Ehrenpflicht des Parlaments, worauf der Abg. Graf Westarp (kons.), Prinz v. Schönau-Carolath (natl.) und v. Payer (fr. Vp.) ihrer Entrüstung über die Haltung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft Ausdruck geb. Die Kreditvorlage wird mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Arbeitsgemeinschaft auch in 3. Lesung angenommen. Das Haus vertagt sich dann auf Dienstag.

270 Millionen neue Kriegsteuern.

Dem Reichstage ist nun auch die zweite der neuen Kriegsteuervorlagen, und zwar der Entwurf eines Kohlensteuergesetzes, zugegangen. Wir entnehmen der Vorlage das Folgende:

20 Prozent des Wertes.

Von der inländischen wie von der aus dem Ausland eingeführten Kohle fließt dem Reich eine Abgabe von 20 Prozent des Wertes zu. Im Sinne dieses Gesetzes gelten als Kohle alle Arten nicht aufbereiteter oder aufbereiteter Stein- und Braunkohle, bei Braunkohle auch die aus 171 hergestellten Preßkohlen, bei der Einfuhr aus dem Auslande außerdem Koks, sowie die aus Steinkohle hergestellten Preßkohlen. Zur Entrichtung der Steuer ist verpflichtet, wer von ihm im Inlande gewonnene Kohle oder aus von ihm gewonnener Braunkohle hergestellte Preßkohlen auf Grund eines Kaufvertrages liefert oder sie sonst abgibt oder sie der Verwendung im eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbräuche zuführt. Zur Entrichtung der Steuer ist ferner verpflichtet, wer von einem anderen im Inlande gewonnene Braunkohle zu Preßkohlen verarbeitet; und dann auf Grund eines Kaufvertrages liefert oder sie sonst abgibt oder sie der Verwendung im eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbräuche zuführt. Er erhält bei Besteuerung der bei ihm steuerpflichtig gewordenen Kohle die Steuer vergütet, welche für die zur Aufbereitung oder Verarbeitung bezogene Kohle entrichtet worden ist. Zur Entrichtung der Steuer für aus dem Auslande eingeführte Kohle ist der Empfänger verpflichtet.

Den Kleinverkauf, auf den etwa 10 Prozent des gesamten Kohlenverbrauchs entfallen, wird die Steuer nicht

über Gebühr belasten. Man rechnet höchstens mit einer Verteuerung von 8 Prozent.

Ferner will die Regierung 250 bis 270 Millionen Mark durch weiteren Ausbau der Verkehrssteuern gewinnen. Neben dem im Vorjahre angenommenen Frachtkundenstempel soll von den Güterfrachten eine Abgabe um weitere 7 Prozent des Frachtbetrages erhoben werden. Der Frachtkundenstempel wird unverändert beibehalten, da er für weitere Entfernungen einen gewissen Ausgleich bietet. Auch der Personenverkehr wird durch eine entsprechende Reform der Fahrkartensteuer herangezogen, und zwar in allen Klassen und auch auf kurze Strecken; die Abgabe soll von 10 Prozent des Betrages der Fahrkarte in den unteren Klassen bis 16 Prozent für die oberen Klassen steigen. Ferner will man auch an dem Betrieb der Straßenbahnen, die ja vielfach eine Konkurrenz gegenüber der Eisenbahn bilden, nicht vorbeigehen.

Ernährungsfragen.

Erster deutscher Kartoffeltag.

Der erste deutsche Kartoffeltag, hat am 20. Februar einhellig folgende Entschlüsse gefaßt:

„Die in großer Zahl zu dem 1. deutschen Kartoffeltag heute versammelten Kartoffelbauer, durchdrungen von ihrer Pflicht und der schweren Verantwortung, die Volksernährung mit Kartoffeln im kommenden Erntejahre besser zu sichern wie im laufenden Jahre, verlangen von den maßgebenden Stellen eine stetige, aufmerksame und vor- aussetzende Berücksichtigung der unerlässlichen feststehenden Vorbedingungen für eine gute Kartoffelernte.“

Sie fordern im einzelnen:

1. Befreiung genügender Mengen von eigenen Pflanzkartoffeln in allen Kartoffelwirtschaften.
2. Sicherstellung des Saatwechsels und des Saatkartoffelbezuges durch Freigabe genügender Mengen von Kartoffeln für diese Zwecke.
3. Sicherstellung der menschlichen Arbeitskräfte, und zwar sowohl von Arbeitern wie von Aufsichtsbeamten. Der Hackfruchtbaue erfordert mehr Aufsichtspersonal, als heute den Gütern belassen ist.
4. Freigabe genügender Futtermengen für das Zugvieh, besonders während der Frühjahrsbestellung.
5. Rechtzeitige bekanntgegebene lohnende Preise, die den Kartoffelbau, die Konkurrenz mit Rohrüben, Mohrrüben usw. aushalten lassen.

Sie müssen schließlich Einspruch erheben gegen die für die Erhaltung des Kartoffelbaues überaus gefährliche Art und Weise, in welcher von den Landratsämtern unter dem Druck höherer Anordnungen selbst die Pflanzkartoffeln den Landwirten weggenommen werden.“

Ausrüstung für den Vaterländischen Hilfsdienst.

Die im Vaterländischen Hilfsdienst bei militärischen Behörden und Einrichtungen beschäftigten Personen erhalten aus Heeresbeständen unentgeltlich leihweise: im besetzten Gebiet: eine Feldmütze, eine schwarz-weiße Armbinde mit Dienststempel und Aufschrift: „Vaterländischer Hilfsdienst“, bei Ausrüstung mit Seitengewehr ein Koppel mit Seitengewehrriese und Schloß sowie ferner bei Ausrüstung mit Schusswaffe eine Patronentasche; im Heimatgebiet: eine schwarz-weiße Armbinde wie zuvor, außerdem im Wacht- und Sicherheitsdienst bei Ausrüstung mit Seitengewehr ein Koppel mit Seitengewehrriese und Schloß, sowie bei Ausrüstung mit Schusswaffe eine Patronentasche. In allen Fällen genügen garnisonbrauchbare Stücke jeder Probe und Waffengattung; in erster Linie sind Stücke aus Bechels- und Erichthoffen zu verabsorgen. Für die Armbinde wird eine Probe ausgegeben. Die Unterhaltung der aus Heeresbeständen hergegebenen Sachen ist Sache der Heeresverwaltung. Halten die vorgelegten Dienststellen eine Bewaffnung der im besetzten Gebiet oder Heimatgebiet im Vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Personen für notwendig, so sind die erforderlichen Waffen und Patronen, falls sie aus eigenen Beständen nicht geliefert werden können, bei der Infanterieabteilung des Kriegsministeriums anzufordern. Je nach der Notwendigkeit werden zugestanden Schusswaffen und Seitengewehr oder nur Seitengewehr. Geliefert werden ältere deutsche oder Beutewaffen. Die Ausrüstung mit Munition ist auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. In der Regel dürfen einschließlich Übungsmunition nicht über 25 Patronen angefordert werden. Die Unterweisung der Waffenempfänger in dem Gebrauch der Schusswaffen liegt den vorgelegten Dienststellen ob.

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. Höhe, 24. Febr. 1917.

* **Allgemeine Bürgererschule I und II.** Der Unterricht für die Kinder beider Schulen beginnt am kommenden Montag in der Bürgerschule I. Näheres besagt eine diesbezügliche Anzeige im Inseratenzettel.

* **Der Obst- und Gartenbauverein** hält am Montag, abends 7½ Uhr, im Wirtshaus „Zur Wolfschlucht“ eine Hauptversammlung ab.

* **Altstädter Leichentasse.** Die Generalversammlung der Kasse wird morgen, Sonntag, abends um 8 Uhr, im Gasthaus „Zur Aul“ abgehalten.

* **Allgem. Ortskrankenkasse zu Bad Homburg v. d. H.** In der Zeit vom 11. 2. bis 17. 2. wurden von 174 erkrankten und erwerbsunfähigen Kassenmitgliedern 149 Mitglieder durch die Kassenärzte behandelt, 18 Mitglieder im hiesigen allgem. Krankenhaus und 7 in auswärtigen Heilanstalten verpflegt. Für die gleiche Zeit wurden ausgezahlt: 1995,36 Mk. Krankengeld, 68,40 Mk. Unterstützung an 3 Wöchnerinnen, ferner an 10 Wöchnerinnen 38,50 Mk. Stillgeld, für 1 Sterbefall 30 Mk. Mitgliederbestand 2254 männl., 3171 weibl. Sa. 5425.

* **Regelung der Versorgung mit Eiern.** Der Abgeordnete Pfarrer Krell in Ingelheim beantragte bei der hiesigen Regierung eine Regelung der Versorgung der

heiß. Bevölkerung mit frischen Eiern. In der Begründung ist gesagt, daß jetzt durch Schleichhandel oder Anwerben von unerhörten Preisen die größte Menge der Eier im Verbrauch der Gesamtheit entzogen wird. Es sollten Interesse der Konsumenten, die sich einige Hühner oder eine gewisse Anzahl, etwa 6, freibleiben. Von jedem weiteren Huhn sollte pro Woche mindestens ein Ei abgegeben werden. Familien bis zu 3 Köpfen sollen endlich mehr abgeben. Mit Beginn der wärmeren Witterung soll die Regelung erfolgen.

* **Ein Reichsgerichtsentscheid zugunsten des Mieters.** Das Reichsgericht hat jüngst zugunsten eines Mieters ein Urteil gefällt, das gegenüber der bisherigen Haltung der Gerichte eine Auslegung befundet, durch die Stellung des Mieters gegenüber dem Vermieter wesentlich gestärkt wird. Der Entscheidung des Reichsgerichts lag folgender Tatbestand zu Grunde. Der Vermieter hatte eine Kündigungsbestimmung auf die Vertragsbestimmung, daß schon die einmalige Unpünktlichkeit in der Zahlung des Mietzinses die fristlose Kündigung und das Verlangen sofortiger Räumung rechtfertigt. Nach Ansicht des Reichsgerichts sind aber hier mangels gegenteiliger Anhaltspunkte die Vorschriften anzuwenden, die in § 554 des bürgerlichen Gesetzbuches für die gesetzliche Kündigung, die Nichtzahlung des Mietzinses aufgestellt sind. § 554 stimmt aber, daß der Vermieter ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen kann, wenn der Mieter zwei aufeinander folgende Termine mit der Entrichtung des Mietzinses oder eines Teiles des Mietzinses im Verzuge ist.

Damit macht das Reichsgericht den § 554 im Gegensatz zu der bisherigen Haltung der Gerichte und besonders im Gegensatz zu den üblichen Mietvertragsbestimmungen zum zwingenden Recht, das durch gegenseitige Abmahnung nicht beseitigt werden kann.

In dem vorliegenden Falle hatte der Mieter ein Teil des Mietzinses einbehalten, weil er sich hierzu berechtigt glaubte. Hierzu sagt das Reichsgericht: Die Kündigung liegt also hier vorans, daß der Mieter mit der Entrichtung des Mietzinses im Verzuge ist. Verzug liegt nicht vor, solange als die Entrichtung infolge eines standes unterbleibt, den der Mieter nicht zu vertreten hat. (Bürgerliches Gesetzbuch § 285). Da aber grundsätzlich nur Vorzug und Zahlungsfrist zu vertreten sind (bürgerliches Gesetzbuch § 275), so steht dem Vermieter eine Kündigungsbestimmung auch dann nicht zu, wenn der Mieter ohne die im Verzuge erforderliche Sorgfalt zu veranlassen zur Verweigerung der Zahlung berechtigt zu sein glaubt, mag auch seine Auffassung (z. B. daß er zur Zahlung berechtigt ist) sachlich nicht zutreffen. Die Entscheidung des Reichsgerichts ging daher dahin, daß der Mieter zur Kündigung nicht befugt war. (Mitenzeichen 211/13).

Diese Entscheidung des Reichsgerichts ist für die Mieter von großer Tragweite, sie beseitigt auch einen Teil so oft von den Vermietern gezeigten Willkür und stellt die Verpflichtung des Vermieters das Recht des Mieters gegenüber.

* **Auf Briefsendungen an deutsche Kriegsgefangenen.** Rußland wird von Amts wegen vor der Auslieferung der Post nach dem Auslande der Bestimmungsort mit einer Tinte in russischen Schriftzeichen versehen werden, die pünktliche und sichere Ankunft der Sendung gewährleisten. Die Absender müssen für diesen Zweck auch für die etwaige Uebersetzung anderer Teile der Briefaufschrift die rechte Hälfte der Aufschriftseite lassen. Die auf die linke Hälfte zu bringende Aufschrift muß recht deutlich in großen lateinischen Buchstaben geschrieben sein.

* **Aufwandsentschädigung für soldatenreiche Familien.** Nach dem Bundesratsbeschlusse vom 26. 3. 14. können mütter, deren Söhne durch Ableistung ihrer gesetzlichen- oder dreijährigen Dienstzeit als Unteroffizier in der Gemeiner eines Gesamtdienstzeit von 6 Jahren zurückgefallen haben, für jedes weitere Dienstjahr eines jeden seiner folgenden zwei oder dreijährigen Dienstpflicht in denselben Dienstgraden genügenden Sohnes Aufwandsentschädigungen von 240 jährlich gezahlt werden. Der Anspruch bei der Gemeindebehörde des Ortes anzumelden, in der der berechtigte seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hat. Einsprüche gegen die Bescheide der Gemeinden sind an die Regierungspräsidenten zu richten. Die Eintreibung der Geldsummen an andere Dienststellen (Kriegsministerium, Ministerium des Innern usw.) führt nur zu einer Verzögerung der Entscheidung.

— **Im Kampf um die Milch.** Die Milchverwertung in Homburg wird seit längerer Zeit dadurch sehr einträchtig, daß die wohlhabende Bevölkerung der Stadt nach den an den Bahnlinien nach dem Odenwald und im Miltenberg gelegenen Dörfern fährt und hier die Milch im Stalle zu hohen Preisen aufkauft. Zur Steigerung dieses Unfalls ist jetzt diese Art Milchabfuhr verboten worden. Außerdem findet an jeder Bahnstation eine genaue Prüfung der Reisenden statt.

Zur Versorgung der Stadt Darmstadt und der Gemeinde Rüsselsheim mit Milch hat der Kommunalrat für eine Anzahl Gemeinden des Kreises Groß-Gerau Zwangslieferung von mindestens 2 Liter Vollmilch pro Kopf der Bevölkerung, die in den Ortschaften vorhanden ist angesetzt. Zugleich wurde die Mindestmenge der aus jeder Gemeinde zu liefernden Milch festgelegt.

* **Kriegsgewinne in der Schuhfabrikation.** Neben der Verteuerung aller Lebensmittel ist es hauptsächlich unerhörte Preistreiber in Schuhwaren, die von den neuen Leuten in dieser schweren Kriegszeit schmerzhaft empfunden wird. Die Schuld an dieser Verteuerung liegt den Schuhfabriken. Das beweist u. a. der kürzlich erschienene Geschäftsbericht von 1916 der „Vereinigten hiesigen Schuhfabriken“. Diese Fabriken haben einen Umsatze von 2.397.637 Mark. Aus diesem Ueberflusse der Aufsichtsrat 59.704 Mark Tantiemen. An 100.000 Mark Dividenden (gleich 20 Prozent) erhalten Aktionäre. Die Verwaltung gibt in ihrem Geschäftsbericht bekannt, daß das Unternehmen auch im neuen Jahr mit guten Aufträgen versehen ist. — Es ist kein Wunder, daß die Verteuerung der Schuhe so allgemein empfunden wird.

bei solchen Dividenden die Preise für Schuhwerk steigen und zuletzt unerschwinglich werden.

Verbotener Seifenverkauf. In verschiedenen Betrieben, namentlich in Barbiergeschäften, wird Feinseife und sonstige Kernseife unter dem Vorgeben, es handle sich um Auslandsware, ohne Seifenart zu veräußern, um einen größeren Absatz zu erzielen. Dieses Verfahren ist aus rechtlichen und gesundheitlichen Gründen unter Strafe gestellt. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Seife, Seifenpulver sowie Waschlappen jeglicher Art — ohne Aufsicht auf ihre Herkunft — sofern sie nur irgendwelchen Zweck aufweisen, stets nur gegen Seifenart oder Seifenpulver zu veräußern sind.

Befreiung vom Fortbildungsschulbesuch. Soll nach dem Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe vom 23. September 1915 nach sorgfältiger Prüfung der einzelnen Fälle erfolgen. So ist es am besten möglich, den Bedürfnissen des Wirtschaftslebens die nötige Rücksicht zu verschaffen, ohne gleichzeitig durch Auflösung der Organisation der Fortbildungsschulen schwerer wieder gutzumachender Schaden zu verursachen. Sollte die Entscheidung der Schulverhältnisse über Befreiungsgesuche es an einem Entgegenkommen fehlen lassen, so ist, wie der Minister der Handelskammer Berlin mitgeteilt hat, die Entscheidung der vorgesetzten Staatsbehörden — Regierungen, Provinzialverwaltungen, anzufragen, denen die beschleunigte Entscheidung dieser Angelegenheiten zur Pflicht gemacht ist.

Hus Nah und Fern.

† Aus Frankfurt a. M. Für die Hinterbliebenen der Opfer des Brandunglücks in der Fabrik von Stempel werden gegenwärtig von den Arbeiterausschüssen verschiedener Werke Spenden gesammelt, die schon teilweise recht namhafte Summen ergeben. Die Zahl der bei dem Brande ums Leben gekommenen Frauen und Mädchen ist sehr betrübend. — Im Hauptbahnhof trug sich ein folgenschwerer Unfall zu. Bei der Einfahrt des Kasseler D-Zuges kam es zu einer Kollision mit einem Personenzug. Hierbei wurde ein Passagier getötet und mehrere schwer verletzt. — Der 50jährige Deutsch-Amerikaner Hermann Meyer machte heute Nacht in einem hiesigen Gasthaus sein Leben durch Erhängen ein Ende. — Auf den Frankfurter-Wiesbadener Personenzug wurde Dienstag nachmittag gegen 4 1/2 Uhr kurz vor Höchst ein Schlag abgegeben; der Lokführer wurde durch das Fenster eines Abteils in die Eisenbahndirektion gegen 500 M. aus. — In der Wörlitzer Straße stieß heute früh ein Kutschwagen mit einem Personenzug zusammen. Beide Wagen wurden erheblich beschädigt, die Pferde des Kutschwagens verletzt. Die Fahrer kamen außer kleineren Verletzungen mit dem Schreck davon. Zu den Aufräumarbeiten mußte die Feuerwehr alarmiert werden.

† Weilmünster, 23. Febr. Bei einem Dienstgange wurde der Bahnhofsarbeiter Ludwig Voh von der Eisenbahnbrücke ab und verunglückte tödlich.

† Worms, 23. Febr. Die Lederfabrik Doer u. Reinhardt übernahm das Staatssekretariat des Reichs-Marineamts für die im Kampfe stehenden U-Bootmannschaften und deren Hinterbliebenen 10 000 Mark. — Das Wormser Vorbild verdient die weiteste Nachahmung.

Essen (Ruhr), 23. Febr. Die Stadtverwaltung macht bekannt, daß in Essen 34 Fälle an echten Pocken festgestellt worden sind. Die meisten Fälle sind gutartig verlaufen, nur vier endeten tödlich. Bei diesen vier Fällen handelt es sich um zwei ungeimpfte Kinder und um zwei ältere Personen, die viele Jahre nicht geimpft waren.

Magdeburg, 23. Febr. In einem Schuppen am Lorenzweg wurde eine Geheimschlachterei entdeckt und aufgehoben. In der Zeit vom 16. Januar bis 17. Februar wurden über hundert Schweine heimlich geschlachtet und das Fleisch ohne Untersuchung zum größten Teil an einen Schankwirt zu 3,10 M. für das Pfund verkauft, der es weiterverkauft. Gegen alle Beteiligten wurde eine strafrechtliche Untersuchung eingeleitet.

Berlin, 23. Febr. Gestern brannte ein Schuppen auf dem Gelände des Wernerwerkes in der Siemensstadt nieder, wobei kleinere Schuppen in der Nachbarschaft in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die eigentlichen Werke wurden durch den Brand nicht berührt. Die Feuerwehren verhielten sich durch das schnelle Eingreifen einen ersten Schaden. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen.

Vermischte Nachrichten.

Schul-Freiplätze für Kinder gefallener Soldaten. In der letzten Sitzung des Bürgervereins-Kollegiums der Gemeinde Stadthagen (Schaumburg-Lippe) gelangte ein Antrag, wonach den befähigten Söhnen unbemittelter, für das Vaterland gefallener Bürger Stadthagens der kostenfreie Besuch des städtischen Progymnasiums gewährt werden soll, zur einstimmigen Annahme.

Die neuen Fünfpennigstücke. Es wurde bereits berichtet, daß jetzt auch Fünfpennigstücke aus Aluminium geprägt werden sollen. Näheres über die neue Münze wird durch eine Bundesratsverordnung bekannt. Im ganzen sollen für 20 Millionen Mark Fünfpennigstücke geprägt werden, also nicht weniger als 400 000 000 Stück. Aus einem Kilo werden 1000 Stück hergestellt werden, so daß ein Fünfpennigstück gerade ein Gramm wiegen wird. Damit ist dem Verkehr auch ein bequemes Kleingeld gegeben.

Die Einführung der Brotkarte in Wien. Auch in Wien hat jetzt die Rationierung von Brot und Milch begonnen. Brot kann nur bei der Verkaufsstelle bezogen werden, auf deren Kundenliste man eingetragen ist. Die Bezugsarten und Brotarten müssen mitgebracht werden, anderswo ist Brot nicht erhältlich. Wer sich auf längere Zeit von seinem Wohnort entfernt, muß Brotvorrat mit sich herumtragen. Die Rationierung muß jeder über sechs Jahre zählenden Person ein Viertel Liter zu, doch ist diese Menge nicht sicher, denn zuerst werden Säuglinge, Wöchnerinnen und Kinder bis zu sechs Jahren berücksichtigt.

„Havanna“ aus Kirchlärchen. Daß die Blätter der Sauerländer zu Zigarren einlagen verarbeitet werden, ist wohl bekannt. Der Krieg hat nun aber auch „preiszugehen“ auf den Wert der Kirchlärchenblätter eingewirkt; insofern, als jetzt der Zentner dieser Blätter statt 3 Mark in fernen Friedensjahren nun 10 Mark kostet. In Frankreich erwartet man ein weiteres Steigen im Preise dieser „Havanna“-Blätter.

Das Rattenfängerhaus in Hameln. Nach langen Kaufverhandlungen ist das berühmte Hochzeits- und Rattenfängerhaus zu Hameln in den Besitz der Stadt Hameln übergegangen. Der Staat und die Provinz Hannover leisten bei der Erwerbung des kunst- und kulturgeschichtlich wichtigen Baues angemessene Beihilfe.

Die Hamburger Vergnügungstätten ohne Heizung. In Hamburg erschien eine Verfügung des Kommandierenden Generals, durch die die fürzlich verfügte Schließung der Kaffeehäuser oder Vergnügungstätten wieder aufgehoben wird. Alle diese Unterhaltungsstätten dürfen ihren wieder eröffnen, müssen aber die Heizung unterlassen und die Beleuchtung auf das mindeste Maß beschränken.

Bürokratismus. In Emmerich wurde das Ueber-schreiten des Rheines auf dem Eise wegen des Tauwetters verboten. Waghalsige Personen, die das Verbot überschritten,

ten und doch über das Eis nach Emmerich kamen, wurden nicht mit der Eisenbahn zurückgeschickt, sondern von einem Beamten wieder über das Eis ans jenseitige Ufer geleitet.

Ein falscher und ein echter Rubens. Die in Antwerpen erscheinenden „Blaamische Nieuws“ teilen folgenden ebenso zeitgemäßen wie ergötzlichen Geschichten mit:

Ein Beamter, der nach Butter, Kartoffeln und anderen Waren forscht, die nicht in die Stadt eingeführt werden dürfen, kommt bei einer Revision in einen Straßenbahnwagen.

Er wirft einen Forscherblick auf den üppigen Busen einer Rubensschen Frau.

— „Hm! Was ist das?“

Sie versucht zu erröten. Es mißlingt!

Unbeabsichtigte Nachfrage. Es kommen zwei Kilogramm Butter hervor, ein Kilogramm rechts und ein Kilogramm links!

Die Mitfahrenden sind mit der Untersuchung unzufrieden und empört.

— Und die drüben?

Sie zeigen auf eine andere, noch üppiger ausgestattete Frau.

Diese wird feuerrot, nicht vor Scham, sondern vor Enttäuschung.

Nun gut, wenn ihr etwa denkt — —!

Und mit gewaltigem Rud reißt sie die Jode auf.

Diesmal war es ein echter Rubens — —!

Die eingekapselten Schweine. Der „Figaro“ erzählt: Auf einem unserer Bahnhöfe stand ein Eisenbahnwagen voll fetter Schweine. Eines Abends wurde dieser Wagen auf einen toten Strang gebracht. Vor ihm stand ein ganzer Güterzug, dann noch einer, dann noch andere. Die Schweine begannen sich langsam zu langweilen; ihr Wagen war durchaus nicht sehr bequem, und wenn man auch die schöne Bestimmung hat, nach dem Tode als Schinken, Eisbein oder Spied wieder aufzuerstehen, so hat man doch, so lange man noch lebt, richtigen Hunger, und dem Schweinemager war leider kein Speisewagen angehängt. Nachdem sie 21 Stunden lang geduldig gewartet hatten, begannen die Schweine die Luft durch wehmütvolle Klagen zu erschüttern. Ihr Gebrüll hörte man bald kilometerweit. Die Eisenbahnverwaltung aber achtete genau so wenig darauf wie etwa auf eine ins Beschwerdebuch eingeschriebene Klage eines Passagiers. Allmählich wurden die Zimmerlaute schwächer, und schließlich verstummten sie ganz. Bo-Kälte und Erschöpfung starrte erst ein Schwein, starben bald zwei, starben dann zehn. Sie starben schließlich alle! Das letzte verstand, nachdem es acht Tage lang gegen den bahnamtlichen Schiedsrichter vergeblich Einspruch erhoben hatte. Als es so weit war, fand man heraus, daß die Schweine-leichen den Bahnhof verpestet hätten, und nun endlich begann man den eingekapselten Wagen wieder herauszuschälen und auf das richtige Gleis zu bringen.



Uhren-
Gold- und
Silberwaren
sowie **Brillanten** in altbekannter Güte empfiehlt
Wilhelm Sadtler,
Uhrmacher, Goldarbeiter u. Graveur,
Elisabethenstrasse 44 p. (kein Laden.)
Reparaturen werden gewissenhaft ausgeführt. **Kaufe** gegen sofortige Kasse oder nehme in Zahlung: Silber, Brillanten.

Ämtliche Bekanntmachungen.

XVIII. Armee-Korps.
Stellvertretendes Generalkommando.
Abt. III b. Tsg. Nr. 2417/680.
Betr.: Verkauf von Ferngläsern und Objektiven für Photographie und Projektion.
Verordnung.
Paragraph 8 der Verordnung betr. das Verbot des Verkaufs von Ferngläsern und Objektiven für Photographie und Projektion vom 6. 10. 1916 — III b 1952/682 — ist dahin abgeändert:
Wer den Vorschriften der §§ 1, 2 und 5 zuwiderhandelt, oder zu einer Übertretung der §§ 1, 2 und 5 auffodert oder anreizt, wird, sofern nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen eine härtere Strafe verhängt ist, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auch Haft oder auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.
Frankfurt a. M., den 10. 2. 1917.
Der stellv. Kommandierende General:
Riedel, Generalleutnant.

Bad Homburg v. d. H., den 23. Febr. 1917.

Nach einer inzwischen ergangenen Entscheidung des Preussischen Landesgerichts sind nun auch für die Eisenbahnbediensteten die Schwerkraftarbeiterzulagen wieder am Wohnorte zuzuteilen, während die Zulagen für Schwerkraftarbeiter nach wie vor am Orte der Arbeit zuzuteilen sind. Die Schwerkraftarbeiter erhalten die Zulage als Schwerkraftarbeiter ebenfalls am Wohnorte; hiernach sind die Eisenbahnbediensteten wie andere Arbeiter mit Brot zu versorgen.

Die Magistrate der Städte und die Herren Bürgermeister der Landgemeinden ersuche ich, hiernach bei Zuteilung der Brotzulagen zu verfahren.

Der Königliche Landrat.
J. B. v. Brüning.

Allgemeine Bürgerschule I u. II. Wiederbeginn des Unterrichts Montag den 26. Februar 1917

und zwar für die Schüler der Bürgerschule I um 8 Uhr vormittags und für die Schüler der Bürgerschule II um 1 Uhr mittags in der Bürgerschule I.

Der Rektor. J. B. J.: Heun. Herrmann, Hauptlehrer.

Mehrere kräftige
Arbeiter
zum sofortigen Eintritt
gesucht
Schokolade- u. Konservenfabrik
„Tannus“.
W. Spies & Co.

Ein
tragbares Schwein
zu verkaufen.
Heinrich Fritz, Mergshausen.

Hauschlachtung betr.
Anträge auf Erlaubnis zur Hauschlachtung sind in der Geschäftsstelle der Kreis-Zeitung erhältlich.



75 000 Weber'sche
Gaushacköfen
Kochherde mit Backöfen und
Fleischräucher
für Hauschlachtungen usw. bewahren
deren Vorteile.
Preislisten umsonst!
Erste und größte Spezialfabrik
Anton Weber, Niederbreisig (Rhd.)

Gut ausgebild., unverl. Schwestern
stehen jederzeit für
Privatpflege
zur Verfügung. Anfragen sind an die
Oberin zu richten.

Schwefelsteinstraße d. Roten Kreuz
für das allgem. Krankenhaus
Bad Homburg v. d. Höhe.
Taunusstraße 3. Fernsprecher Nr. 116.

Gutes

M a c k e r l a n d

zu pachten gesucht.

Städt. Milchzentrale
Dietzheimerstraße 20.

Ecke der Kirdorferstraße-Blumensteinweg
ist in unserer Villa, der Neuzeit entsprechend
eingerichtet. **1. Stock**, bestehend aus
4 großen
Zimmer, nebst abgeschlossenen Balkon, Küche,
Bad, 2 Kammern, 2 Kellern, Waschküche und
Vorgarten, alles mit Gas und elektrisch
Licht, Doppelfenster sofort an ruhige Mieter
sehr preiswert zu vermieten. Näheres im
Büro Blumensteinweg Nr. 5.

Für meine Eisengießerei mehrere
Lehrlinge
gegen steigende Vergütung gesucht.

Heinrich Koppel,
Eisengießerei.
Bad Homburg v. d. H.

Möbl. Zimmer
zu vermieten.
Elisabethenstrasse 47 II.



Altstädter Leichen-Kasse.

Generalversammlung.

Sonntag, den 25. Februar 1917, abends 8 Uhr im Gasthaus „Zur
Aula“.

Tagesordnung: Jahresbericht,
Rechnungsablage,
Neuwahl des Vorstandes,
Aufnahme neuer Mitglieder,
Verschiedenes.

Der Vorstand.

Obst- und Gartenbau-Verein

Bad Homburg v. d. H. (G. B.)

Montag, den 26. Februar 1917, abends 7 1/2 Uhr im Wirtschaftslokal
„Zur Wolfschlucht“

Hauptversammlung

Tagesordnung:

1. Verlesung des Protokolls der letzten Hauptversammlung.
2. Jahresbericht pro 1916.
3. Rechnungsablage pro 1916.
4. Rechnungsvoranschlag pro 1917.
5. Bericht über das Musterbaumstück.
6. Vorstandswahl.
7. Zivil-Hilfsdienstpflicht. Referat über Kartoffelsaat, Dünger
und Arbeitskräfte.
8. Verschiedenes.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird
erzucht.

Bad Homburg v. d. H., den 22. Februar 1917.

Der Vorstand.

Holz-Verkauf.

Oberförsterei Hofheim. Schutzbez. Mosfert.

Montag, den 26. Februar nachm. 1 Uhr in Eppstein bei
Blöcker Zur Rose aus dem Distr. 51b (Gensing):

- | | |
|----------------|------------------------------------|
| Eichen: | 12 Stämme — 3,72 Fm., Wagnerholz |
| | 4 Fm. Nussknüppel, |
| | 5 „ Scheit und Knüppel, |
| | 30 „ Reifig 3. Klasse in Häufen; |
| Buchen: | 8 „ Nusscheit, |
| | 486 „ Scheit und Knüppel, |
| | 1000 „ Reifig 3. Klasse in Häufen. |

Zu verkaufen:

1 Sekretär, 1 Kommode, 1 Sopha,
verschied. Tische usw.

Kisseleffstrasse 3.

Im 1. Stock

ist in freier Lage eine der Neuzeit entsprechen-
de geräumige 4 Zimmer-Wohnung mit
Balkon und allem sonstigen Zubehör vom
1. April 1917 ab zu vermieten.

Wilhelm Henn, Saalburgstr. 26.

Wiese,

gut gedüngt ca. 8 Morgen, Braun-
mann direkt am Lindenweg, auf
mehrere Jahre zu verpachten. Se-
erfragen

Louisenstraße 125 von 9—11 Uhr

Bei Abchl. von Lebensversicherung.

Darlehen

vorläufig frei, nach
Porto-Best. teils
schnell in jed.
zu Geschäfts- u. Privatwech durch
General-Agentur Puder,
Frankfurt a. M., Scharnhorststr. 1.
Kontokonto 25 Pfg.

1 Fahrkuh

zu verkaufen

Fritz Haeckel,
Oberstedten.

Ein Lehrling

gesucht

Hr. Heinemer,
Sattler u. Tapeziermeister

Kirchliche Anzeigen.

Gottesdienst in der Erlöser-Kirche.

Am Sonntag Invokavit den 25. Februar
Sonntags 9 Uhr 40 Min.

Herr Pfarrer Wenzel.

(Matth. 4, 1—11)

Kollekte zum Besten der Bistum Mission und
Anlage ihres 100jährigen Jubiläums.

Sonntags 11 Uhr: Kindergottesdienst.

Herr Pfarrer Wenzel.

Dekanatsmissionsfest

Abends 5 Uhr 30 Min. Festgottesdienst

Herr Missionar Pfarrer Dr. Bömel.

Kollekte wie oben.

Abends 8 Uhr Nachversammlung
Ansprache der Herren Missionare Wiegand
und Dr. Bömel, der letztere über China.

Mittwoch, den 28. Februar, nachm. 4 Uhr
Missions-Frauenverein. Vortrag der Mis-
sionarin Fräulein Pfanz aus Kamerun.

Mittwoch, den 28. Februar, abends 8 Uhr 30
Min.: Kirchl. Gemeinschaft im Kirchenjahr.

Donnerstag, den 1. März abends 8 Uhr
10 Min. Passionsgottesdienst mit Kriegsgebet
und anschließender Feier des heil. Abendmahls.
Herr Pfarrer Wenzel.

Gottesdienst in der ev. Gedächtniskirche

Am Sonntag Invokavit, den 25. Februar.

Sonntags 9 Uhr 40 Min.

Herr Dekan Holzhausen.

(Hebr. 4, 15 u. 16.)

Kollekte wie oben.

Mittwoch, den 28. Februar, abends 8 Uhr 10
Passionsgottesdienst mit Kriegsgebet.
Herr Pfarrer Wenzel.

Gottesdienst-Ordnung

der Marienkirche.

Sonntag, den 25. Februar:

6 Uhr Beichtgelegenheit.

6 1/2, 8 und 11 1/2 Uhr hl. Messen

die um 8 Uhr mit Predigt.

9 1/2 Uhr Hochamt mit Fastenbittensbrief des

Armeebischofs.

2 Uhr Christenlehre.

Abends 8 Uhr Fastenpredigt

Montag: Ewiges Gebet.

5 Uhr Aussegnung des Allerheiligsten, hl. Messe.

7 Uhr Kindermesse

9 Uhr feierl. Hochamt.

Abends 7 Uhr feierl. Schlussandacht mit

Prozession.

Freitag: 7 Uhr Herz Jesu Amt mit Segen.

Täglich abends 8 Uhr Kriegsgebet.

Mittwoch und Freitag Fastenandacht.

An Wochentagen 7 Uhr hl. Messe.

Gottesdienst-Ordnung.

in der kath. Pfarrei Johannes der Täufer

Bad Homburg (Kirdorf).

Sonntag, den 25. Februar.

7 1/2 Uhr Frühmesse

9 1/2 „ Hochamt mit Predigt

1/2 „ Christenlehre,

abends 8 Uhr Fastenpredigt.

Freitag: 7 Uhr Schulgottesdienst

8 Uhr hl. Messe

abends 1/2, 8 Uhr Kriegs-Andacht.

Christl. Versammlung. Elisabethenstr.

9a 1. Jrd. Sonntag Vormittag für Kinder

11—12 Uhr, Sonntag Abend 8—9 Uhr

öffentl. Vorträge, jeden Donnerstag

1/2, 8—1/2, 9 Uhr Gebetsstunde.

Julius Obernzenner

Frankfurt a. M. Zeil 71—79.

Neuheiten in bester Auswahl:

Damen-Kleiderstoffe, Blusenstoffe, Kostümstoffe, halbseidene Stoffe, Seidenwaren,
baumwollene Kleiderstoffe, Samte, Besätze, Spitzen, Damen- und Kinder-Kleidung,
Elsässer Weisswaren, Leinenwaren, Wäsche jeder Art, Korsetts, Schürzen,
Schirme, Handschuhe, Krawatten, Handarbeiten, Tischdecken, Sofakissen, Stepp-
decken, Möbelstoffe etc.

Putz- Neuheiten für Frühjahr und Sommer.
Abteilung: **Damenhüte, Federboas, Kinderhüte,**
Knabenmützen, Federn, Schleier.

Für Modistinnen Extra-Vergünstigung.
Bänder, Blumen, Federn, Fantasies, Reiher, Strohborden, Entformen.